

Kempe, Wolfram

**Article**

## Steigende Erwerbsneigung kompensiert demografischen Rückgang der erwerbsfähigen Bevölkerung in der Zukunft

Wirtschaft im Wandel

**Provided in Cooperation with:**

Halle Institute for Economic Research (IWH) – Member of the Leibniz Association

*Suggested Citation:* Kempe, Wolfram (2000) : Steigende Erwerbsneigung kompensiert demografischen Rückgang der erwerbsfähigen Bevölkerung in der Zukunft, *Wirtschaft im Wandel*, ISSN 2194-2129, Leibniz-Institut für Wirtschaftsforschung Halle (IWH), Halle (Saale), Vol. 6, Iss. 4, pp. 91-94

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/143025>

**Standard-Nutzungsbedingungen:**

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

**Terms of use:**

*Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.*

*You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.*

*If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.*

## Steigende Erwerbsneigung kompensiert demographischen Rückgang der erwerbsfähigen Bevölkerung in der Zukunft

*Die prognostizierte Bevölkerungsentwicklung bis 2020 ist von einem Rückgang der Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter bei gleichzeitig stagnierender Bevölkerungszahl gekennzeichnet. Verschiedentlich wird damit die Hoffnung geäußert, dass die künftige demographische Entwicklung zu einer Entspannung auf dem deutschen Arbeitsmarkt mit seinen etwa 4 Millionen Arbeitslosen führen könnte. Geht die gesamtwirtschaftliche Nachfrage nicht zurück, bedeutet ein Rückgang der erwerbsfähigen Bevölkerung eine potentielle Entlastung des Arbeitsmarktes.<sup>14</sup>*

*Angesichts langfristiger Trends des Erwerbsverhaltens dürfte diese Wirkung jedoch in Frage gestellt sein. Diese Trends sind zum einen gekennzeichnet durch einen Anstieg der Erwerbsbeteiligung von Frauen in Westdeutschland und zum anderen durch eine sinkende Erwerbsbeteiligung in Ostdeutschland. Beide Effekte sind gegenläufig, wobei der Effekt der westdeutschen Frauenerwerbsbeteiligung dominiert. Setzen sich diese Trends in Zukunft fort, wird es insgesamt zu einer vollständigen Kompensation der demographischen Entlastung durch die Verhaltenseffekte kommen.*

### **Der demographische und der verhaltensbedingte Einfluss auf das Arbeitsangebot**

Die zukünftige Arbeitsmarktsituation wird u.a. durch die Zahl der Personen beeinflusst, die einer Erwerbstätigkeit nachgehen möchten („Arbeitsangebot“). Diese Zahl wird im wesentlichen durch zwei Größen determiniert. Zum einen wird das Arbeitsangebot durch die demographischen Verhältnisse wie z. B. die Altersstruktur der Bevölkerung bestimmt. Zum anderen ist es verhaltensbedingt begründet durch die Anzahl der Personen, die sich für eine Erwerbsarbeit entscheiden.

Grundlage zur Beantwortung von Fragen nach der Entwicklung der Erwerbspersonenzahl bildet in einer ersten Stufe die Bevölkerungsprojektion. Damit wird prognostiziert, wieviele Personen sich im erwerbsfähigen Alter (15 bis unter 65 Jahre) befinden. Die Alters- und Geschlechtsstruktur zum

<sup>14</sup> Eine gleichbleibende gesamtwirtschaftliche Nachfrage könnte aufgrund einer konstanten Gesamtbevölkerung plausibel erscheinen. Trotzdem bleibt eine unveränderte Nachfrage ungewiss. So kann sich z. B. die Sparquote mit der wandelnden Altersstruktur ändern und zu einer veränderten Nachfrage führen.

Ausgangszeitpunkt (1998) ist bekannt, die zukünftige Entwicklung von Fertilität, Mortalität und Migration sind mit Hilfe begründeter Annahmen festzulegen. In einem zweiten Schritt werden Annahmen über die Erwerbsbeteiligung der erwerbsfähigen Bevölkerung getroffen. Hierbei spielen z. B. die zukünftige Bildungsbeteiligung, Renteneintritt und Möglichkeiten der Kinderbetreuung eine Rolle. Damit wird eine Aussage über die zukünftige Zahl der Erwerbspersonen möglich.

In dieser Arbeit wird ein Vorhersagehorizont bis zum Jahr 2020 zugrunde gelegt. Ein kürzerer Zeithorizont würde zu falschen Schlussfolgerungen führen, da beim Arbeitsangebot nach 2010 eine Trendwende zu erwarten ist.

Trotz der bisher erfolgten Annäherung unterscheiden sich Ost- und Westdeutschland hinsichtlich der demographischen Verhältnisse (Geburtenverhalten, Lebenserwartung, Wanderungen) wie auch des Erwerbsverhaltens noch spürbar. Die Anpassungsprozesse werden fortgeschrieben. Dabei wird davon ausgegangen, dass die Annäherung Ostdeutschlands an die demographischen Verhältnisse der alten Bundesländer bis 2010 im wesentlichen abgeschlossen sein wird. Beim Erwerbsverhalten gibt es Anpassungsschritte in beiden Landesteilen.

### **Geburtenverhalten**

Die zusammengefasste Geburtenziffer<sup>15</sup> in Westdeutschland ist mit etwa 1.400 Geburten je 1.000 Frauen seit der ersten Hälfte der 70er Jahre relativ konstant (1998: 1.413). Für die Projektion wird im Folgenden keine Verhaltensänderung unterstellt. Da die einfache Reproduktion der Bevölkerung etwa 2.100 Geburten je 1.000 Frauen erfordert, hat die Kindergeneration in Deutschland nur noch zwei Drittel der Stärke der Elterngeneration.

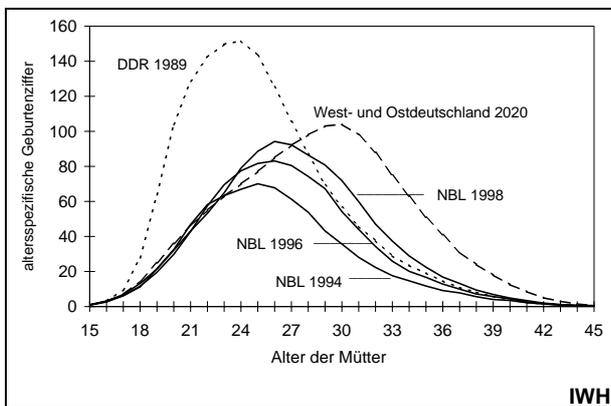
Die Generationenstärke wird in Zukunft aus zwei Gründen weiter zurückgehen. Zum einen sinkt die Zahl der potentiellen Mütter überproportional ab, da gerade die „Pillenknicke“-Generation das Alter der höchsten Geburtenwahrscheinlichkeit erreicht. So würde selbst bei einfacher Reproduktionsrate die Zahl der geborenen Kinder sinken. Zum anderen bringt die derzeitige Elterngeneration

<sup>15</sup> Als zusammengefasste Geburtenziffer wird die mit 1.000 multiplizierte Zahl der Lebendgeborenen in Relation zur Anzahl der Frauen im fertilen Alter (15 bis 45 Jahre) bezeichnet.

weniger Kinder zur Welt als zur einfachen Reproduktion erforderlich wäre.

In Ostdeutschland sind die Geburtenziffern noch niedriger (1998: 1.087). Der transformationsbedingte Geburtenrückgang hatte 1994 mit nur noch 772 Geburten je 1.000 Frauen im fertilen Alter die Talsohle erreicht (zum Vergleich 1989: 1.572). Dieser Rückgang hat seine Ursache hauptsächlich in einer Anpassung an Verhaltensmuster, wie sie auch aus Westdeutschland bekannt sind. Kennzeichnend hierfür ist in erster Linie ein Anstieg des durchschnittlichen Gebäralters. Dieses lag in Ostdeutschland 1989 mit 24,8 Jahren (1998 bei 27,9 Jahren) deutlich niedriger als in Westdeutschland mit 28,2 Jahren (1998 bei 29,6 Jahren). Naturgemäß macht sich der Anpassungsprozess zuerst nur bei den jüngeren Frauengenerationen bemerkbar, da die älteren Frauen die gewünschte Kinderzahl bereits zu DDR-Zeiten realisiert hatten. Der Verlauf der altersspezifischen Geburtenziffern der nach 1970 geborenen Frauengeneration ist bereits weitgehend identisch mit derjenigen der entsprechenden westdeutschen Jahrgänge. Somit steigen die Geburtenziffern seit 1994, wenn auch von einem niedrigen Niveau aus, wieder kräftig an.

Abbildung 1:  
Entwicklung der altersspezifischen Geburtenziffern in Ostdeutschland



Quellen: Bis 1998 Statistisches Bundesamt; IWH-Projektion.

In Abbildung 1 ist die Entwicklung der altersspezifischen Geburtenziffern<sup>16</sup> dargestellt. Die durchgezogenen Linien entsprechen den Verläufen der altersspezifischen Geburtenziffern in Ost-

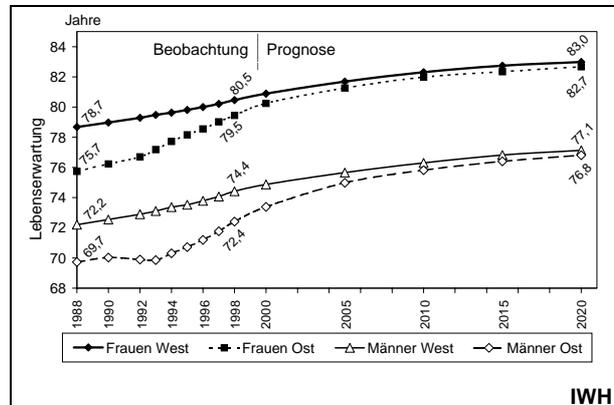
<sup>16</sup> Die altersspezifischen Geburtenziffern geben die Zahl der Geburten von 1.000 Frauen eines Altersjahrganges innerhalb eines Jahres an. Die Summe der altersspezifischen Geburtenziffern ergibt die zusammengefasste Geburtenziffer, vgl. Fußnote 14.

deutschland von 1994, 1996 und 1998. Sie dokumentieren den Anpassungsprozess an das für Ost- und Westdeutschland im Jahr 2020 unterstellte Geburtenverhalten. Es wird angenommen, dass der Anpassungsprozess bereits 2010 im wesentlichen abgeschlossen ist. Zum Vergleich ist der Verlauf der altersspezifischen Geburtenziffern der DDR von 1989 abgebildet.

### Lebenserwartung

Im Zeitraum von 1988 bis 1998 stieg die Lebenserwartung in Westdeutschland bei den Frauen um 1,8 auf 80,5 Jahre. Bei den Männern betrug der Zuwachs sogar 2,2 Lebensjahre und führte zu einer Lebenserwartung von 74,4 Jahren. Auch in Zukunft wird mit einem weiteren Anstieg der Lebenserwartung gerechnet. Das Tempo wird in den nächsten Jahren als etwa gleichbleibend angenommen, schwächt sich aber annahmegemäß im weiteren Verlauf des Projektionszeitraumes ab. Die durchschnittliche Lebenserwartung Neugeborener wird bis zum Ende der Projektion auf 83,0 Jahre für Frauen und 77,1 Jahre für Männer gestiegen sein (vgl. Abbildung 2).

Abbildung 2:  
Lebenserwartungen in Ost- und Westdeutschland



Quellen: Bis 1998 Statistisches Bundesamt; IWH-Projektion.

In Ostdeutschland liegt noch eine geringere Lebenserwartung als in Westdeutschland vor. Die Differenz betrug Ende der achtziger Jahre 2,5 bis 3 Jahre. Seitdem haben sich die Unterschiede je nach Geschlecht in verschiedenem Maße verringert (vgl. Abbildung 2). Bei den Frauen sind die Unterschiede in der Lebenserwartung seit der Vereinigung fast verschwunden, die Differenz beträgt nur noch ein Jahr. Dieser Prozess wird sich bis auf eine kleine Restdifferenz fortsetzen, die Ausdruck unterschiedlicher Sterblichkeiten in verschieden dicht besiedelten Regionen ist. Bei den Männern setzte

der Aufholprozess erst einige Jahre nach der Wende ein. Die Lebenserwartung ostdeutscher Männer ist heute noch etwa zwei Jahre geringer als im Westen. Annahmegemäß wird die Annäherung in der Lebenserwartung mit einer Verzögerung von etwa fünf Jahren vollzogen sein. Wie bei den Frauen werden hier am Ende des Vorhersagezeitraums nur noch geringe, regional begründete Unterschiede in der Mortalität vermutet werden können.

### **Wanderungsbewegungen**

Der Saldo der Wanderungen nach Deutschland ist der problematischste Teil der zu treffenden Annahmen. Die Zahl der Zu- und Fortzüge unterliegt starken Schwankungen. Die Migrationsbewegungen sind dabei von Faktoren wie gesetzlichen Regelungen und politischen Verhältnissen im In- und Ausland abhängig, die im Vorfeld nicht vorauszu- sehen sind.

Im vereinigten Deutschland wurden bis 1996 hohe Außenwanderungssalden registriert. In den Jahren 1997 und 1998 gab es mit 94.000 bzw. 47.000 nur noch geringe Einwanderungsüberschüsse (vgl. Tabelle 1). So zogen in diesen beiden Jahren mehr Ausländer aus der Bundesrepublik fort als zu, u. a. ein Effekt der zurückziehenden Flüchtlinge des Bosnienkonfliktes.

Es kann jedoch davon ausgegangen werden, dass Deutschland mittelfristig ein attraktives Zuwanderungsland bleiben wird. Die Entwicklung der letzten beiden Jahre stellt keine langfristige Tendenz dar. So stehen in der ersten Hälfte des Jahres 1999 bereits wieder 402.000 Zuzüge etwa 287.000 Fortzügen aus Deutschland gegenüber. Insbesondere mit dem erwarteten Beitritt osteuropäischer Staaten zur EU und den damit sinkenden Mobilitätsschranken sind aus dieser Region neue Zuwanderungen zu erwarten. So wird ausgehend von einem prognostizierten Zuwanderungsüberschuss von 150.000 im Jahr 1999 wieder mit einem steigenden Migrationssaldo gerechnet, der bis 2005 langsam auf ein Niveau für Gesamtdeutschland von 250.000 ansteigt und danach gleichbleibend verläuft (siehe Tabelle 1). Der Anteil Ostdeutschlands am Außenwanderungssaldo ist bisher unterproportional, wird sich aber im Zeitverlauf entsprechend dem Bevölkerungsanteil bei knapp 50.000 einpendeln.<sup>17</sup>

Tabelle 1:  
Außenwanderungssaldo für Deutschland bis 2010

Jahr	Außenwanderungssaldo (Beobachtung)	Jahr	Außenwanderungssaldo (Annahme)
1991	603.000	1999	150.000
1992	782.000	2000	150.000
1993	462.000	2001	150.000
1994	315.000	2002	175.000
1995	398.000	2003	200.000
1996	282.000	2004	225.000
1997	94.000	2005 - 2020	250.000 p.a.
1998	47.000		

Quellen: Bis 1998 Statistisches Bundesamt; IWH-Projektion.

Die Entwicklung der Binnenwanderungen zwischen dem früheren Bundesgebiet sowie den neuen Bundesländern ist rasch in Richtung eines ausgeglichenen Migrationssaldos fortgeschritten. 1998 stieg der Bevölkerungsverlust Ostdeutschlands gegenüber Westdeutschland erstmals wieder an (1997: 10.000, 1998: 31.000, 1. Halbjahr 1999: 18.000). Daraus wird jedoch kein grundsätzlich neuer Trend für die Prognose abgeleitet. Der Wanderungsverlust der neuen Bundesländer an die alten geht in der Projektion mittelfristig wieder zurück und wird mit etwa 15.000 Personen pro Jahr angenommen. Die Verrechnung des Binnenwanderungssaldos mit dem Außenwanderungssaldo führt für Ostdeutschland zu einem Nettomigrationsgewinn, der nach der Hochrechnung ab 2007 konstant bei 33.000 Personen per anno angenommen wird.

### **Bevölkerungszahl stagniert**

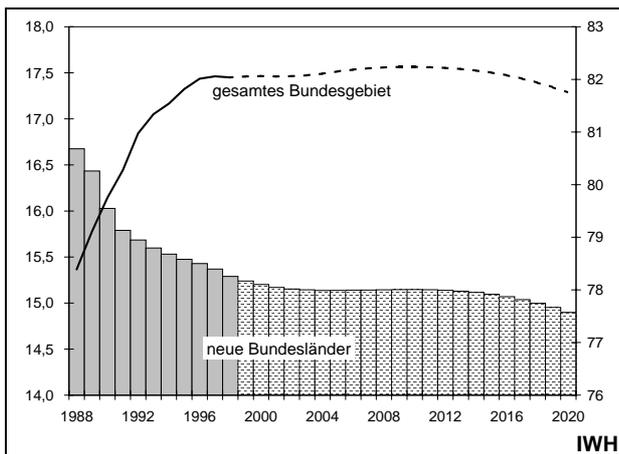
Aus der unterstellten Entwicklung von Geburtenziffern, Sterblichkeit und Wanderung folgt für die Bundesrepublik eine Phase der stagnierenden Bevölkerungszahl bei rund 82 Millionen Menschen. Durch die geringen Geburtenziffern besteht in der Bundesrepublik langfristig ein Gestorbenenüberschuss. Für den deutlichen Bevölkerungsgewinn bis 1996 ist die sehr starke Nettozuwanderung jener Jahre verantwortlich. Bedingt durch einen geringen Wanderungsgewinn seit 1997 hat sich die Einwohnerzahl Deutschlands bereits in den letzten beiden Jahren kaum noch verändert. Auch in den folgenden Jahren kommt es bei wachsendem Gestorbenenüberschuss und steigenden

<sup>17</sup> Erläuterungen zu den einzelnen Annahmen der Wanderungsbewegungen finden sich relativ ausführlich in der letztjährigen Bevölkerungsprojektion, vgl. KEMPE, W.: Rückgang der erwerbsfähigen Bevölkerung in Deutschland

bei stagnierender Bevölkerungszahl – eine Bevölkerungsprojektion bis 2010, in: IWH, Wirtschaft im Wandel 5/1999, S. 3-10. Die Annahmen wurden gegenüber der letzten Prognose nur geringfügig verändert.

Migrationsgewinnen zu einem Ausgleich zwischen der natürlichen und der räumlichen Bevölkerungsbewegung. Erst gegen Ende des Projektionszeitraumes beginnt die Bevölkerungszahl zu sinken (vgl. Abbildung 3).<sup>18</sup>

Abbildung 3:  
Entwicklung der Bevölkerungszahl bis 2020 im gesamten Bundesgebiet (rechte Skala) und in den neuen Bundesländern (linke Skala)  
- in Mio. Personen-



Quellen: Bis 1998 Statistisches Bundesamt; IWH-Projektion.

Die Veränderungen der Bestimmungsfaktoren der demographischen Entwicklung führen dazu, dass der Bevölkerungsrückgang in Ostdeutschland in den nächsten Jahren vorübergehend zum Stillstand kommt. Die bestehende Lücke zwischen Geborenen und Gestorbenen verringert sich und der Binnenwanderungssaldo mit den alten Bundesländern spielt nicht mehr die Rolle wie Anfang der 90er Jahre für die Bevölkerungsentwicklung. Aus dem Ausland überwiegen die Zuzüge. Die Bevölkerungszahl verharrt somit für die nächsten 10 Jahre auf einem Niveau von etwa 15,2 Mio. Personen. Gegen Ende des Vorhersagezeitraumes setzt eine sich beschleunigende Bevölkerungsabnahme in

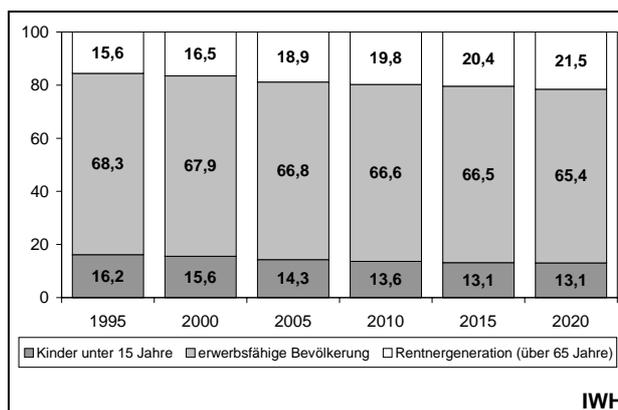
<sup>18</sup> Bei Annahme einer konstanten Zuwanderung folgt nach 2020 eine Periode zurückgehender Einwohnerzahlen. Dies zeigen langfristige Projektionen, da der Gestorbenenüberschuss weiter wachsen wird. Trotz eines positiven Migrationssaldos kommt es zu einem massiven Rückgang der Bevölkerungszahl in Deutschland, vgl. KEMPE, W.: Veränderungen in der Bevölkerungsstruktur Deutschlands bis 2040: Abnehmende Bevölkerung bei wachsender Überalterung, in: IWH, Wirtschaft im Wandel 5/1998. Andere Prognosen kommen hier jeweils zu ähnlichen Schlussfolgerungen, z. B. Deutscher Bundestag (Hrsg.), Demographischer Wandel: Zweiter Zwischenbericht der Enquete-Kommission „Demographischer Wandel“ – Herausforderungen unserer älter werdenden Gesellschaft an den einzelnen und die Politik. Bonn 1998.

Ostdeutschland ein (2020: 14,9 Mio. Einwohner, vgl. Abbildung 3).

### Rückgang der Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter

Trotz des gleichbleibenden Niveaus der Bevölkerungszahl in Deutschland bis 2020 kommt es zu Verschiebungen der Anteile der einzelnen Altersgruppen. Die Jahre 1934 bis 1941 waren in Deutschland sehr geburtenstarke Jahre. Diese Generation erreicht demnächst die Altersgrenze von 65 Jahren und scheidet aus dem erwerbsfähigen Alter aus. Entsprechend vergrößert sich der Anteil der Rentner an der Gesamtbevölkerung (vgl. Abbildung 4). Die in das Erwerbsalter nachwachsende Generation wurde nach dem „Pillenknick“ geboren und ist weniger stark besetzt.

Abbildung 4:  
Bevölkerungsstrukturen in Deutschland bis 2020  
- in vH -

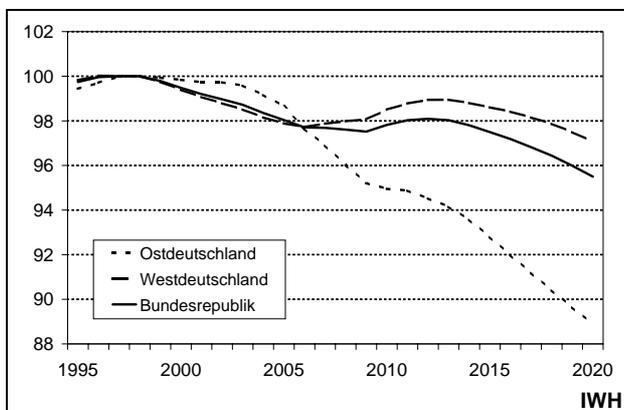


Quellen: 1995 Statistisches Bundesamt; IWH-Projektion.

Die Zahl der Personen im erwerbsfähigen Alter hatte 1998 mit 56 Mio. einen Höhepunkt erreicht und beginnt nun zu sinken (vgl. Abbildung 5, Zahlen auf das Niveau von 1998 normiert). Der Rückgang wird voraussichtlich 4,5 vH vom 1998er Niveau betragen. Dies entspricht einem absoluten Rückgang von 2,5 Mio. Menschen auf 53,5 Millionen. Diese Entwicklung vollzieht sich in den neuen wie in den alten Bundesländern. Beide Gebiete sind allerdings in relativ unterschiedlichem Ausmaß betroffen. Geht zuerst in den alten Bundesländern die Zahl der Menschen im erwerbsfähigen Alter stärker zurück, so steigt deren Zahl 2008 bis 2013 wieder an. Die Ursache ist im Übergang einer relativ schwach besetzten Generation ins Rentenalter (Geburtenausfall 1942 bis 1948) zu finden. In dieser Phase treten mehr Jugendliche und junge Erwachsene ins Erwerbsleben ein als ältere

Arbeitnehmer den Arbeitsmarkt verlassen. Danach setzt sich der Rückgang jedoch wieder fort. Im Jahr 2020 wird es deshalb etwa 3 vH weniger erwerbsfähige Personen in den alten Bundesländern geben als 1998, das entspricht 1,3 Mio. Menschen. Im Detail sieht die Situation in den neuen Ländern etwas anders aus. Ist der Rückgang zuerst geringer (durch die etwas höheren Geburtenziffern der DDR in den 80er Jahren), geht die Anzahl der Personen im erwerbsfähigen Alter immer schneller zurück. Bis zum Ende des Projektionshorizontes gibt es etwa 11 vH oder 1,2 Mio. weniger erwerbsfähige Menschen (vgl. Abbildung 5).

Abbildung 5:  
Entwicklung der Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter (15 bis unter 65 Jahre), normiert auf 1998 = 100



Quellen: Bis 1998 Statistisches Bundesamt; IWH-Projektion.

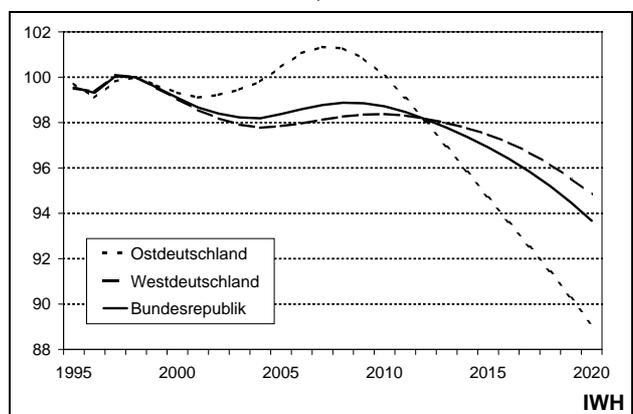
Um den demographischen Effekt auf das Arbeitsangebot ermitteln zu können, müssen zusätzlich die altersspezifischen Erwerbsquoten<sup>19</sup> berücksichtigt werden, da der Teil der erwerbsfähigen Bevölkerung, der einer Erwerbsarbeit nachgehen will, stark altersabhängig ist. Deshalb werden im Folgenden die entsprechenden Quoten von 1998 in die Abschätzung einbezogen. Aus der Berücksichtigung altersspezifischer Erwerbsbeteiligungsquoten resultiert ein zusätzlicher Effekt auf das Arbeitsangebot (vgl. Abbildung 6).

Lediglich in den neuen Bundesländern kommt es so kurzzeitig zu einer Abweichung vom Trend eines abnehmenden Arbeitsangebots. Demnach ist hier zwischen 2005 und 2010 mit einem nochmaligen Anstieg erwerbswilliger Personen über das heutige Niveau hinaus zu rechnen. Hier treffen

<sup>19</sup> Die Erwerbsquote ist das statistische Messkonzept für die Erwerbsbeteiligung. Sie bezeichnet den Anteil von Personen, die entweder erwerbstätig oder auf Arbeitssuche sind, bezogen auf alle Personen in der entsprechenden Altersgruppe.

zwei gegen den Trend gerichtete Effekte aufeinander. So drängen noch einmal relativ geburtenstarke Jahrgänge der 80er Jahre neu auf den Arbeitsmarkt, während gleichzeitig die geburtenschwachen Jahrgänge der 40er Jahre ein Alter erreichen, in denen die Erwerbsbeteiligung stark absinkt. In der zweiten Dekade des 21. Jahrhunderts wird das Arbeitsangebot dafür mit umso höherem Tempo zurückgehen. Insgesamt wird das Erwerbspersonenpotenzial in Deutschland bis 2020 um über 6 vH bzw. 2,5 Mio. Menschen sinken.<sup>20</sup>

Abbildung 6:  
Entwicklung des Arbeitsangebots bis 2020 (Erwerbspersonenpotenzial) bei unveränderten Erwerbsverhalten von 1998, normiert auf 1998 = 100



Quellen: Bis 1998 Statistisches Bundesamt; IWH-Projektion.

Durch die stagnierende Bevölkerungszahl Deutschlands besteht Grund zu der Annahme, dass die gesamtwirtschaftliche Nachfrage nicht im selben Maße zurückgehen wird wie die erwerbsfähige Bevölkerung. Unter diesen Umständen könnte ein Rückgang des Arbeitsangebots zu einer zahlenmäßigen Entlastung des Arbeitsmarktes führen. Diese Entwicklung wird jedoch durch die gleichzeitig entstehende höhere Belastung der Erwerbstätigen, z. B. durch steigende Rentenbeiträge oder höhere Eigenvorsorge, konterkariert. Die Wirkungen werden im Rahmen dieser Analyse im Einzelnen nicht weiter verfolgt. Die Hoffnung auf eine demographisch bedingte Entspannung am Arbeitsmarkt dürfte sich jedoch nicht erfüllen. Dazu trägt darüber hinaus ein Verhaltensaspekt bei, der im Folgenden erläutert wird.

<sup>20</sup> Sämtliche Zahlen beziehen sich auf die Partizipation am Arbeitsmarkt, nicht auf den Umfang der Erwerbstätigkeit. Es können also keine Schlussfolgerungen über das angebotene Arbeitsvolumen getroffen werden.

### **Trends sich ändernder Erwerbsneigung werden fortgeschrieben**

Das Erwerbsverhalten der Bundesbürger unterlag bereits in der Vergangenheit einem geschlechtsspezifischen Wandel. Es ist realistisch anzunehmen, dass sich diese Trends in der Zukunft fortsetzen und so den demographischen Entwicklungen entgegen wirken.

Bei den Männern werden nur geringe Verhaltensänderungen erwartet. Die Erwerbsquote der 15- bis 64-Jährigen lag in Ost wie West 1998 bei 80,2 vH. Aufgrund einer wachsenden Bildungsbeteiligung wird die Erwerbsneigung der 15- bis 24-Jährigen im Untersuchungszeitraum weiter sinken. Diesem Effekt steht eine steigende Erwerbsbeteiligung der 55- bis 64-Jährigen gegenüber.<sup>21</sup> Dieser Prozess wird im Prinzip in beiden Landesteilen so erwartet. Da die Erwerbsquote der Jüngeren im Osten deutlich höher, der Älteren (durch die inzwischen auslaufenden Vorruhestandsregelungen) deutlich geringer ist als im Westen, ist hier der Anpassungsprozess etwas länger und umfangreicher. Aufgrund eines Alterseffektes liegt die angenommene Erwerbsquote in Ostdeutschland mit 81,6 vH im Jahr 2020 etwas höher als in Westdeutschland mit 80,4 vH.

Die Partizipation der Frauen am Arbeitsmarkt differiert zwischen alten und neuen Bundesländern in erheblichem Maße. Dabei sank die hohe Erwerbsneigung der ostdeutschen Frauen nach einer Anpassungsreaktion zur Wende seit 1993 nicht mehr ab (1993: 73,3 vH, 1998: 73,5 vH). Ähnlich wie bei den Männern werden aufgrund der auslaufenden Vorruhestandsregelungen die älteren Personen wieder eine etwas höhere Präsenz auf dem Arbeitsmarkt erreichen. Mittelfristig werden jedoch zwei andere Effekte überwiegen. Zum einen macht sich eine höhere Bildungsbeteiligung in einem zurückgehenden Erwerbsanteil der jüngeren Frauen bemerkbar. Zum anderen werden sich auch im Osten die Konditionen für die Kinderbetreuung eher verschlechtern. Somit wird sich auch der Anteil der erwerbstätigen Frauen in den Altersgruppen mit kleinen Kindern etwas verringern.

Der dominierende Trend im Erwerbsverhalten in Deutschland ist der langanhaltende starke An-

stieg der Erwerbsneigung der westdeutschen Frauen (vgl. Tabelle 2). In der Vorausschätzung wird davon ausgegangen, dass dieser Prozess weitergeht und sich das Tempo eher noch erhöht. Da Frauen jedoch stärker auf die herrschende Arbeitsmarktlage reagieren und sich bei schlechter wirtschaftlicher Lage eher in die sogenannte Stille Reserve zurückziehen, ist dieser prognostizierte Anstieg als mögliche Obergrenze anzusehen. Ab 2010 wird dann nur noch ein geringer Anstieg der Erwerbsneigung vermutet, da die als Referenz angenommene Erwerbsneigung ostdeutscher Frauen fast erreicht ist. Von einer vollständigen Angleichung bis 2020 an die ostdeutsche Frauenerwerbsquote wird jedoch nicht ausgegangen. Zum einen spricht der höhere Anteil von Ausländerinnen in Westdeutschland mit ihren niedrigen Erwerbsquoten dagegen, zum anderen werden die älteren Kohorten die Angleichung bis zu diesem Zeitpunkt noch nicht vollzogen haben.

Tabelle 2:  
Veränderung der Erwerbsquoten (EQ) westdeutscher Frauen 1988 bis 1998

Altersgruppe	Veränderung der EQ 1998 zu 1988 in Prozentpunkten	Erwerbsquote 1998 in vH
15 bis unter 20	-13,5	26,2
20 bis unter 25	-8,7	66,7
25 bis unter 30	5,5	73,2
30 bis unter 35	10,1	72,5
35 bis unter 40	9,1	72,8
40 bis unter 45	11,6	75,8
45 bis unter 50	13,7	74,6
50 bis unter 55	12,6	66,3
55 bis unter 60	10,0	51,1
60 bis unter 65	2,7	13,8
15 bis unter 65	5,5	60,5

Quelle: Statistisches Bundesamt.

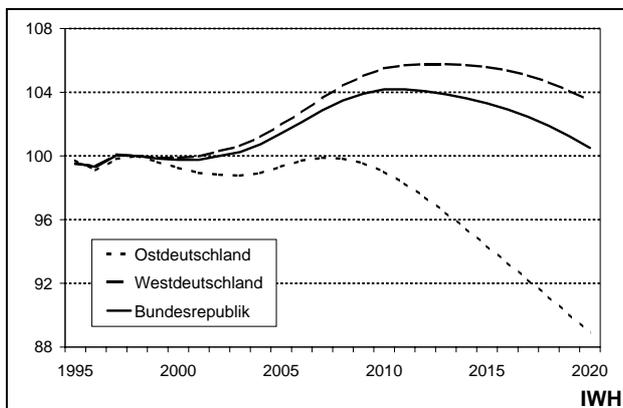
### **Steigende Erwerbsbeteiligung kompensiert demographische Entlastung**

Das Resultat der Abschätzung des zukünftigen Erwerbspersonenpotenzials unter den geschilderten Verhaltensänderungen ist als Indexverlauf für Ost-, West- sowie Gesamtdeutschland in Abbildung 7 dargestellt.

Trotz einer zurückgehenden erwerbsfähigen Bevölkerung in Westdeutschland ist nach 2002 mit einem wachsenden Arbeitsangebot zu rechnen. Mit der Projektion lässt sich ein Zuwachs von knapp 6 vH oder 1,8 Mio. Menschen auf 33,9 Mio. Perso-

<sup>21</sup> Es wird davon ausgegangen, dass es innerhalb des Projektionszeitraumes keine Veränderungen des regulären Renteneintrittsalters geben wird. Allerdings wird aufgrund der Altersstrukturveränderungen ein Rückgang der Frühverrentungspraxis erwartet. Der Umfang dieses Effektes ist schwierig abzuschätzen und folgt hier im wesentlichen: IAB (1998): Projektion des Erwerbspersonenpotenzials in Deutschland 1996 bis 2040.

Abbildung 7:  
Entwicklung des Arbeitsangebots bis 2020 (Erwerbspersonenpotenzial) bei Berücksichtigung veränderten Erwerbsverhaltens, normiert auf 1998=100



Quellen: Bis 1998 Statistisches Bundesamt; IWH-Projektion.

nen bis 2012 erwarten. Dieser Anstieg wird ausschließlich durch die steigende Erwerbsbeteiligung der Frauen verursacht (das Arbeitsangebot der Männer sinkt bis dahin um ca. 300.000). Bis 2020 sinkt die Zahl der Personen am Arbeitsmarkt auf 33,2 Mio. ab, das sind 1,1 Mio. oder 3,5 vH mehr als 1998. Treten die vorausgesagten Verhaltensänderungen ein, befinden sich 2020 etwa 2,5 Mio. Frauen mehr auf dem Arbeitsmarkt als im Szenario unveränderter Erwerbsneigung. Dieses Niveau

wird allerdings auch erreicht, sollte der zwischenzeitliche schnelle Anstieg der Frauenerwerbsneigung langsamer erfolgen als prognostiziert. In diesem Fall liegt nur das Maximum der Erwerbsbeteiligung nach 2010 um wenige Hunderttausend Personen niedriger.

In Ostdeutschland kommt es in den folgenden Jahren tatsächlich zu einem Rückgang der Zahl der erwerbswilligen Personen. Im Jahr 2003 werden laut Projektion etwa 100.000 Personen weniger gegenüber 1998 Arbeit anbieten. Nach einem zwischenzeitlichen Anstieg bis 2007 auf das heutige Niveau beginnt ein langanhaltender Rückgang. Am Ende des Vorhersagehorizontes ist das Erwerbspersonenpotenzial von 8,2 Mio. auf 7,3 Mio. Personen zurückgegangen.

In Abbildung 7 ist der Graph für Gesamtdeutschland (durchgezogene Linie) im Jahr 2020 wieder etwa am Ausgangsniveau angekommen. Dem Rückgang des Erwerbspersonenpotenzials Ostdeutschlands bis 2020 von 0,9 Mio. steht ein Zuwachs in Westdeutschland um ca. 1,1 Mio. Personen gegenüber. Im Ergebnis verschwindet die demographische Wirkung auf das Arbeitsangebot vollständig.

Wolfram Kempe  
(wke@iwh.uni-halle.de)

## Ostdeutsche Wirtschaft auch im Jahr 2000 zwischen Hoch in der Industrie und Tief im Bau

*Trotz der konjunkturellen Schwächephase der deutschen Wirtschaft mit stagnierender Industrieproduktion in Westdeutschland ist das ostdeutsche Verarbeitende Gewerbe 1999 auf Wachstumskurs bei Produktion und Beschäftigung geblieben. Kostennachteile im Wettbewerb wurden weiter abgebaut. Im Jahr 2000 wird zwar der für Deutschland erwartete kräftige Exportimpuls wegen der relativ geringen Außenorientierung des ostdeutschen Verarbeitenden Gewerbes hier nur unterproportional aufgenommen werden. Mit dem Übergreifen des konjunkturellen Aufschwungs in Deutschland auf die binnenwirtschaftlichen Auftriebskräfte gerät dann aber auch die ostdeutsche Industrie voll in das Fahrwasser der allgemeinen Konjunkturbelebung. Das Wachstum der industriellen Wertschöpfung wird sich auf 6 ½ Prozent beschleunigen und im darauffolgenden Jahr noch einmal zulegen. Hier ist unterstellt, dass die ent-*

*scheidende Voraussetzung für die weitere Zunahme der Wettbewerbsfähigkeit – Lohnabschlüsse unter dem Produktivitätszuwachs – erhalten bleibt.*

*Ganz anders ist die Situation im Baugewerbe. Während in Westdeutschland die Baukonjunktur erstmals seit 1994 wieder mit einem Plus an das zyklische Muster anknüpfen dürfte, wird das Baugewerbe in Ostdeutschland weiterhin die Spätfolgen der überschäumenden Aufbauphase in den ersten fünf Jahren nach der Vereinigung zu spüren bekommen. Baunachfrage und -produktion bleiben in allen Sparten abwärtsgerichtet. Der Rückgang der Bauinvestitionen wird im Jahr 2000 mit 2 Prozent sogar etwas stärker als im Vorjahr ausfallen und sich erst danach wieder leicht abschwächen. Da nach wie vor hohe Überkapazitäten bestehen und ein intensiver Konkurrenzkampf herrscht, wird sich die Ertragslage der Unternehmen nochmals verschlechtern, und weitere Unternehmen werden*